

CHRONIK DER ZEIT

RÜCKBLICK AUF DAS JAHR 1951

Der Schatten des dritten Weltkrieges

Das Jahr 1951 begann im Dunkel — mit einer großen, gefährlichen Kriegsdrohung. Admiral S h e r m a n hat bei dem großen Verhör des Kongresses über die Fernostpolitik ausgesagt, daß die militärische und politische Führung der USA am 5. Dezember 1950 unmittelbar den dritten Weltkrieg erwartete. Die Wehrmachtsbefehlshaber gaben Weltkriegsalarm. Die Mittelmeerflotte der USA stach kriegsmäßig in See. Die Kriegspanik in den USA war entstanden, als die Chinesen in den Koreakrieg eingriffen und McArthur zum Rückzug aus Nordkorea zwangen. Der dritte Weltkrieg fand zwar nicht statt; aber lange noch regierte das Kriegsgespenst die internationale Politik. Es schien, als wollte oder müßte der Westen die militärische Rüstung zu dem beherrschenden Lebensgesetz machen. Was konnte — so schien es — die Frage des Lebensstandards und der sozialen Ordnung noch viel bedeuten, wenn es um das Überleben in dem elementarsten Sinn des Wortes überhaupt ging. Erst mußte einmal das Leben gesichert sein — so mochte die Losung lauten —, bevor erwogen werden konnte, wie besser zu leben sei. Die Menschheit stand an einem Wendepunkt. Der Krieg oder auch nur ein Dauerzustand unmittelbarer Kriegsgefahr hätte die Kräfte der Weltvölker so sehr beansprucht, daß eine soziale und wirtschaftliche Auszehrung und damit ein Zusammenbruch der inneren Front im Bereich der Möglichkeit lag.

Als aber die Wolkenwand der unmittelbarsten Gefahr zurückwich, wurde der Lastenausgleich immer mehr als das Gebot der Stunde sichtbar: der Lastenausgleich zwischen den militärischen und sozialen Erfordernissen, der Lastenausgleich zwischen den USA und Europa bei der militärischen und sozial-ökonomischen Verteidigung des Westens, der Lastenausgleich zwischen der europäischen und asiatischen Front der westlichen Welt.

Asien oder Europa?

Die Entwicklung des Jahres 1951 drohte zunächst die USA in einen großen Krieg im Osten zu verwickeln, der ihre Hilfsmittel bis zum äußersten hätte anspannen und die europäische Front in die zweite Linie hätte rücken müssen. Diese Entwicklung drohte dahin zu führen, daß die USA den europäischen Völkern mehr an militärischen und sozialwirtschaftlichen Lasten aufbürden

wollten, als Europa zu tragen imstande ist. Selbst nachher, als die asiatische Beanspruchung nicht mehr so allbeherrschend war, blieb die militärische und wirtschaftliche Zumutung der USA an Europa größer als billig und möglich war; Das ganze Jahr hindurch wurde vor allem zwischen England und den USA um den großen weltpolitischen Lastenausgleich zwischen Europa und Amerika gekämpft. Überschattet war dieses Ringen vom Kampf um den Ausgleich zwischen den asiatischen und europäischen Fronten. — Anfang 1951 stand der Uhrzeiger in Asien noch immer auf dem großen Krieg. Die UNO hatte China zum Angreifer erklärt. Ein Programm der Wiedervereinigung der beiden Koreas war von den Vereinten Nationen beschlossen worden. Das alles aber war nur möglich, wenn man Sieger in einem Kriege war. Dieses Programm der politischen Bereinigung des Fernen Ostens setzte eine beherrschende militärische Machtstellung voraus. Aber man war nicht Sieger, man hatte Nordkorea wieder verloren, man stand am 38. Breitengrad. General McArthur entwickelte zwar ein Programm des Siegers: Blockade gegen China, Bombardierung der Flugplätze in der Mandschurei, Einsatz der Truppen T s c h i a n g K a i - s h e k s im Kriege gegen Rotchina. Er meinte, die rote Macht in einem rücksichtslosen, raschen Krieg zerschlagen zu können, so daß man auf diese Weise aus dem koreanischen Abenteuer „wieder herauskam“. Aber in Washington fragte man sich, was denn werden würde, wenn der General diesen vollen Sieg nicht nach Hause brachte. Dann war man mitten in dem großen Krieg in Asien; dann wurden alle Kräfte Amerikas beansprucht in diesem Kampfe; dann war der eine Arm der freien Welt in Asien endgültig festgebunden. Dieses Risiko erschien der amerikanischen Staatsführung als zu groß. McArthur wurde gestürzt. Der große Krieg im Fernen Osten fand nicht statt. Die endgültigen Entscheidungen blieben aus.

Europa zwischen den Entscheidungen

Die großen Entscheidungen blieben auch in Europa aus. Was angebahnt war, wurde nicht widerrufen: die Aufrüstung Westeuropas, die militärische, politische und wirtschaftliche Kettung Westeuropas an die USA und die Eingliederung der Bundesrepublik in dieses Westeuropa. Aber die Konsequenzen aus dieser Politik wurden nicht gezogen. Alles blieb in einem gefährlichen und niederdrückenden Zwischenzustand. Die Aufrüstung Westeuropas ist zu

groß, um nicht den Haß und das Mißtrauen der Sowjetunion zu erregen, und zu klein, um wirklich Schutz gegen diesen Haß und dieses Mißtrauen zu geben. Die Bindung der Bundesrepublik an den Westen ist zu groß, um ihr nicht alle Nachteile auf den Hals zu laden, wie sie immer in der Weltpolitik die Einreihung in eine Front mit sich bringt. Die Einreihung der Bundesrepublik in die westeuropäische Gemeinschaft aber ist andererseits nicht großzügig und revolutionär genug, um an der Situation Deutschlands und Europas Entscheidendes zu verändern und die großen Vorteile mit sich zu bringen, die eine Entfaltung der nationalen Kraft Deutschlands unter einem Regime der vollen Gleichberechtigung bieten würde.

Als Etappen dieser europäischen Politik, die auf die militärische und politische Bindung Europas an die USA und auf die Kettung der Bundesrepublik an Westeuropa hinausläuft, wären zu nennen:

1. Die Errichtung eines gemeinsamen Oberkommandos der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten des Atlantikpaktes unter General Eisenhower.
2. Die Verhandlungen über die Aufstellung einer europäischen Armee (unter Einschluß eines Kontingents der Bundesrepublik) gemäß dem Plevenplan, die Unterzeichnung des Schumanplans.

Verhandlungen und Hoffnungen

Anfang des Jahres 1951 scheinen im Schatten der großen weltpolitischen Krise die umfassenden Entscheidungen des Westens heranzureifen: der Entschluß zum erbarungslosen und großen Krieg in Asien, der Entschluß zur großen, rücksichtslosen Aufrüstung in Europa und der Entschluß zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

Das führt nun zu einer Kette von sowjetischen Versuchen, diese unwiderruflichen Entschlüsse zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben. Die Verhandlungsangebote über die verschiedensten Gegenstände und auf den verschiedensten Ebenen häufen sich. Der Kreml schlägt den Zusammentritt der Außenminister-Stellvertreter der vier Großmächte vor. Die Regierung der deutschen Sowjetzone wird veranlaßt, gesamtdeutsche Wahlen vorzuschlagen. In Korea finden seit Juli 1951 auf eine Vermittlung des sowjetischen UNO-Delegierten M a l i k hin Waffenstillstandsverhandlungen statt. Alle Verhandlungen zeigen eine Eigentümlichkeit. Es wird von der sowjetischen Seite alles auf eine möglichst lange Dauer der Verhandlungen angelegt. Die Verhandlungen werden dadurch verschleppt und hinausgezögert, daß einerseits aus den trivialsten Gründen nicht abreißende Schwierigkeiten gemacht werden und daß andererseits im letzten Augenblick immer nachgegeben wird, wenn sonst die Verhandlung

auffliegen würde. Möglich, daß die Weltmächte nur abtasten wollen, um zu der großen weltpolitischen Flurbereinigung und einer Neuregelung der Macht- und Besitzverhältnisse der Erde zu gelangen. Die bisherigen Verhandlungen machen allerdings allenthalben den Eindruck, daß sie darauf abgestellt sind, nicht große Entscheidungen der Weltpolitik herbeizuführen, sondern sie zu verhindern. M e t t e r n i c h soll einmal von seinem Kaiser gefragt worden sein, ob er ein Ergebnis auf einer internationalen Konferenz erzielt habe. „Ich habe noch mehr erreicht, Majestät, ich habe eines verhindert.“ Es scheint, als ob die Unterhändler des Ostblocks sich gegenüber Stalin das gleiche als Ruhm und Ehre anrechnen wollen. Nur die Zukunft kann lehren, ob die Verhandlungen noch ein anderes Ergebnis hatten, als den Sowjets Zeitgewinn zu verschaffen. Das einzige, un-bezweifelbare Ergebnis der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea ist jedenfalls, daß sich die kommunistischen Armeen erheblich erholen und befestigen konnten, seitdem sie im Frühjahr die Entscheidung erzwingen wollten und dabei bis an den Rand des Zusammenbruchs sich verbluteten. Die politische Lösung der Koreafrage im Sinn der UNO-Beschlüsse ist unter dem Schritt der kommunistischen Nachschubformationen in Nordkorea zu einem zertrampelten Fetzen Papier geworden.

Der Traum der deutschen Einheit

Die Stunde ist noch nicht gekommen, daß die Völker darangehen könnten, in ihrem gewohnten geschichtlichen Rahmen ihre nationale und soziale Ordnung aufzubauen. Für die Deutschen wäre die Wiedervereinigung des ganzen Deutschlands nicht nur ihre große nationale Stunde, sondern auch eine gewaltige geschichtliche Chance, eine neue politische und soziale Ordnung aufzubauen. Korea aber zeigt, daß der Wiederaufbau der durch die Weltpolitik zerrissenen Nationen und Ordnungen nur innerhalb großer, erdumspannender Machtausinandersetzungen möglich ist. Alle soziale und nationale Politik spielt sich heute mehr denn je innerhalb des Machtgefüges ab, das sich Weltpolitik nennt. Allein deshalb ist ja auch in diesen Blättern von dem weltpolitischen Geschehen immer wieder die Rede. Die Verhandlungen über den weltpolitischen Preis der deutschen Einheit sind aber im Jahre 1951 noch nicht einmal begonnen worden. Die Sowjets verlangen für den Verzicht auf die direkte Kontrolle über ihre Besatzungszone die Herausnahme der Bundesrepublik aus der westeuropäischen Integration und der westeuropäischen Rüstung. Damit aber bricht das ganze Machtgefüge der europäischen und amerikanischen Politik in Europa zusammen, und damit wäre ein weltpolitischer Umsturz von allergrößtem Ausmaß voll-

zogen. Die westlichen Alliierten haben wahrscheinlich noch nicht einmal begonnen, darüber nachzudenken, welchen Preis sie wiederum dafür verlangen müßten.

Die Verhandlungen über die Neuordnung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Siegermächten haben daher auch kein „umstürzendes Ergebnis“ gehabt. Innerhalb des gegebenen Gefüges hat die Bundesrepublik erhebliche Erleichterungen erlangt. Das Besatzungsstatut soll durch einen Generalvertrag ersetzt werden. Die Produktionsbeschränkungen werden zu einem erheblichen Teile fallen. Das Ruhrstatut ist aufgehoben worden. Manche Rücksichtnahme ist geübt worden, und die Besuche des Bundeskanzlers in den europäischen Hauptstädten bringen die veränderte Atmosphäre gut zum Ausdruck. Aber der Grundzustand der Bundesrepublik in internationaler und völkerrechtlicher Hinsicht ist kaum verändert. Er bleibt in seinen Wesenszügen durch die Niederlage und die Spaltung Deutschlands geprägt.

Nichts Radikales und Einschneidendes ist auch in der inneren Politik der westeuropäischen Völker geschehen. Die Regierung Churchill unterscheidet sich — darüber ist noch ein Wort zu sagen — von der Labour-Regierung nur dadurch, daß sie deren Politik konsequenter und rücksichtsloser durchführt. Die Wahlen in Frankreich haben an der angestregten und mühsam behaupteten Führungsstellung der Mitte nichts geändert, einer Mitte, deren Parteien weder ohne einander noch miteinander regieren können. Die Flucht vor den großen Entscheidungen ist überall zu spüren. In der Bundesrepublik hat die SPD bei allen Wahlen zunehmend an Boden gewonnen. Im evangelischen Raum Deutschlands offenbart sich eine recht erhebliche Zersplitterung, ja sogar Zersetzung der Parteien rechts von der SPD. Den Charakter eines Erdbebens aber haben die Parteiverschiebungen in der Bundesrepublik nirgends angenommen. Das politische Grundgefüge der Bundesrepublik hat sich kaum gewandelt. Selbst eine an sich so bedeutungsvolle Maßnahme wie die gesetzliche Festlegung des Mitbestimmungsrechts war eine Bestätigung tatsächlich bestehender Verhältnisse. Die Ablehnung des Mitbestimmungsrechts im bestehenden Umfang wäre eine Revolution gewesen. Die offizielle Bundesrepublik zeigt auch wenig Bereitschaft zu erkennen und anzuerkennen, daß ihre Eingliederung in die Verteidigungsgemeinschaft des Westens auch politisch, wirtschaftlich und sozial eine radikal neue Situation schafft.

Der Aufstand des Nahen Ostens

Wie schwer es ist, militärische Fronten auf sozialem Treibsand zu errichten, das hat die vorderasiatisch-islamische Welt in der zweiten Jahreshälfte zur Genüge vor-

exerziert. Die Verstaatlichung der persischen Ölquellen hat eine Kettenreaktion im Vorderen Orient hervorgerufen, die noch nicht zu Ende gekommen ist. Ägypten hat einseitig seine Vertragsbeziehungen mit England gelöst. Die arabische Liga weigert sich, an dem Verteidigungssystem des Westens mitzuwirken. Frankreich steht einer schweren politischen Krise in Tunis gegenüber, da die Araber Nordafrikas weitgehende Unabhängigkeit fordern. Die arabischen Staaten haben bei der UNO Beschwerde gegen die französische Herrschaft über Marokko geführt. Sie sind zwar abgewiesen worden, aber die große Unruhe der arabischen Welt ist damit nicht beschworen. Die westlichen Völker haben keine Möglichkeit mehr, ihre Herrschaft durch Waffengewalt wiederherzustellen. Das hieße, die eingeborenen Nationen sofort ins sowjetische Lager zu treiben. Die Sowjets haben ohnehin mächtige Verbündete in der kolonialen Welt: das Massenelend, die Armut, die geistige und soziale Verwahrlosung. In diesem Raum der Welt hat sich rasch gezeigt, daß es mächtigere Dinge gibt als Armeen: den Hunger, den sozialen und nationalen Haß.

Kanonen und Lebensstandard in Europa

In Europa liegen diese Dinge nicht so kraß. Die politischen und sozialen Waffen der Sowjets sind hier weitgehend stumpf. Auch der Ärmste hat im Abendland mehr zu verlieren als seine Ketten — während es schwer einzusehen ist, warum der chinesische Bauer oder der ägyptische Fellache die kommunistische Eroberung fürchten sollte. Aber gerade das Jahr 1951 hat auch in Europa gezeigt, daß Kanonen nicht alles bedeuten. Die englische Labour-Regierung hat mit den USA einen schweren, bitteren Kampf um die Lastenverteilung zwischen der Alten und der Neuen Welt geführt. Sie hat immer wieder geltend gemacht, daß ein Übermaß militärischer Rüstung zuletzt zu einer wirtschaftlichen und sozialen Krise Englands führen müßte und daß diese Krise den europäischen Völkern leicht die Waffen aus der Hand schlagen und für die Sowjets den Wert ganzer Armeekorps haben könnte. Am 25. Oktober 1951 wurde die Arbeiterregierung bei den Wahlen knapp geschlagen. Es war ein großes Ereignis in der europäischen Geschichte. Die einzige sozialistische Regierung eines europäischen Großstaates wurde damit beseitigt. Der restaurative Zug der europäischen Politik ist dadurch zweifelsohne gestärkt und gekräftigt worden.

Churchill in den Spuren Labours

Die Niederlage der Labour Party bei den Wahlen war zum Teil ein Ausfluß des Fehlschlages oder des vermeintlichen Fehlschlages der Regierung *Attlee*, bei den USA eine ausreichende Berücksichtigung

der wirtschaftlichen und sozialen Lebensnotwendigkeiten in England zu erreichen. Durch die Revolte Bevan's ist ja deutlich gemacht worden, welche schwere Ringen die Arbeiterregierung gegen die amerikanischen Anforderungen führte. Nun ist das Seltsame geschehen, daß der neue englische Premierminister in einer Parlamentsaussprache die Grundthese Bevan's angenommen hat, die These nämlich, daß die Eüstung Englands in ihrem gegenwärtigen Ausmaß über die Kraft des englischen Volkes gehe. Bevan hat seinerzeit seine These außerordentlich ungeschickt vertreten. Er hat mindestens den Schein nicht genügend vermieden, daß ihm falsche Gebisse und Brillen höher ständen als die Verteidigung Europas gegenüber der östlichen Gefahr. Aber bei den Wahlen haben seine Anhänger als die konsequenten Feinde des „amerikanischen Kurses“ am besten abgeschnitten. Gut haben auch die Anhänger Churchills beinahe aus' demselben Grunde abgeschnitten. Winston Churchill ist auf das amerikanische Bündnis eingeschworen. Von ihm konnte man also erwarten, daß er als unbedingter und zuverlässiger Freund der USA mit größerem Nachdruck gegenüber der amerikanischen Regierung auftreten kann. Das ist

in der Tat geschehen. Churchill hat sich nicht gescheut, den Amerikanern zu sagen, welches gewaltige weltpolitische Risiko England durch die Stationierung der amerikanischen B 29, der Atombomben-Träger, eingegangen sei. Diese Stationierung ist seinerzeit zwischen Präsident Truman und Außenminister Bevin vereinbart worden. Churchill hat nun ganz deutlich ausgesprochen, daß England weitgehende Berücksichtigung und eine Entschädigung dafür verlangen dürfe, daß es sich durch dieses Abkommen in eine so gewaltige weltpolitische Gefahr begeben habe. Es hat immer wieder unterstrichen, welche großen sozialen und wirtschaftlichen Gefahren vor England stehen. „Die Kontrollen“ sind unter der neuen Regierung eher verstärkt worden. Die Ankündigung neuer Einschränkungsmaßnahmen sollen den Vereinigten Staaten klar machen, wie ungeheuer schwer es England fällt, seine Rüstungslast zu tragen. Bei seinem Besuch in den USA hat er die Frage der Lastenteilung zwischen Amerika und Europa in der allerernstesten Form gestellt. Es wird die Frage der Fragen im Jahre 1952 sein — das Jahr 1951 hat sie nicht entschieden —, welche Schultern die Last der Verteidigung des Westens tragen sollen.